





waffenfähiges Heer von 4 1/2 Millionen Menschen zu denen im äußersten Notfall noch eine Million vom Landsturm zweiten Aufgebots kommt. Unserer Militärverwaltung zum Ruhme muß anerkannt werden, daß all das, was auf dem Papier steht, in Deutschland auch wirklich vorhanden ist. Da sollte sich der Reichstag ernsthaft die Frage vorlegen, ob die neue Vorlage für die Sicherheit des Landes wirklich noch notwendig ist. Schon jetzt in normalen Friedenszeiten ist Deutschland nicht mehr imstande, die Mittel für das Heer aufzubringen. Was soll da werden, wenn im Kriege die finanziellen Anforderungen über alles Maß hinausgehen? Wenn man schon einmal glaubt, auch diese Vorlage bewilligen zu müssen, so sollte man doch auf andere Weise die Mehrkosten wieder auszugleichen suchen. Das liege sich sehr leicht erreichen, wenn zu den jüngst durch kaiserliche Verordnung eingeführten Vereinfachungen im Exerzieren weitere Vereinfachungen im Dienst, die ohne jede Schädigung des militärischen Organismus nötig sind, durchgeführt würden. Das verlangt im „Berliner Tageblatt“ auch ein hoher süddeutscher Offizier, der erklärt, daß ganz Süddeutschland ohne Unterschied der Parteianhänger gegen jede Vermehrung der Armee sei. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ueber die Zweckmäßigkeit, ja sogar Gesundheitschädlichkeit des Parade-marsches haben sich militärische Sachverständige sehr deutlich ausgesprochen. Wenn er abgeschafft würde, würde Vorgesetzten und Soldaten viel Ärger erspart werden, und die Kriegsbereitschaft der Armee um nichts verringert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Für die Vereinfachung der Uniformierung bin ich seit Jahren eingetreten. Eine solche Vereinfachung würde vor allem von großer finanzieller Bedeutung sein. Dann aber ist es nicht zweifelhaft, daß zum Beispiel die Kürassierkavallerie eine ganz vorzügliche Zielgröße für den Feind sind. Trotzdem aber die Frage der einfacheren Uniformierung keine politische, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist, will die Majorität dieses Hauses nichts davon wissen; man weiß eben, daß an maßgebender Stelle für das Gelingen und Brückenbau eine ganz besondere Vorliebe besteht. Aber jeder Satz muß einsehen, daß angesichts der modernen Entwicklung der Kriegskunst die gegenwärtige Armierung äußerst unweidmässig ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Entwicklung der Armee hat sich derjenige Rückgang gezeigt, der sich in der ganzen äußeren und inneren Politik präsentiert. Das hat Oberst Gredde im „Berliner Tageblatt“ sehr häufig charakterisiert, indem er familiäre Analogien zusammenstellte. Aber kaum eine Vorlage ist von Sachverständigen so bekämpft worden, wie die gegenwärtige, speziell was die Vermehrung der Kavallerie anlangt. In der „Breslauer Morgenzeitung“ ist das kürzlich, gestützt auf die Erfahrungen des mandatorischen Kriegsberichterstatters eines großen süddeutschen Blattes sehr gut bewiesen worden. In der Schlacht am Schamo hat weder die japanische noch die russische Kavallerie irgend eine Bedeutung gehabt. Die Kavallerie ist aus der modernen Schlacht einfach ausgeschlossen, es ist also bei der gegenwärtigen Vorlage Urteil gegen Urteil. Auf der einen Seite haben wir die Begründung der Militärverwaltung, auf der anderen Seite das Urteil der militärischen Sachverständigen. Aber die Kavallerie besitzt mehr einflussreiche Liebhaber, die Kavallerie ist gewissermaßen die Sporttruppe gewisser Kreise. Wir aber als Volksvertretung können gar nicht anders handeln, als der Vorlage ein glattes Nein entgegenzusetzen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Der Präsident teilt einen redaktionsellen Antrag Dr. Spahn (Z.) mit, nach welchem sich die Anträge der Kommission in folgender Weise darstellen. Während die Regierung 505 839 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten und zwar bis zum 31. März 1910 fordert, wünscht der Antrag Spahn die Erhöhung auf nur 51 865 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten, die allerdings dann in dem Laufe des Rechnungsjahres 1910 auf 505 839 erhöht werden sollen. Zugleich soll für 2 die Regierungsgestaltung wiederhergestellt werden, während die Kommission beantragt, daß die 19 Gebiete bei der Kavallerie erst bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1910, erst bis Schluß des Rechnungsjahres 1909 gebildet werden sollen.

v. Normann (A.) erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit dem Antrag Spahn einverstanden. Graf Dr. Triola (R.) will nicht auf die Ausführungen Seibels eingehen und mit Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse auf Anträge verzichten, die über den Antrag Spahn hinausgehen. Die finanziellen Schwierigkeiten können nur durch eine durchgreifende Reichsfinanzreform gelöst werden. Wir brauchen neue Steuern, aber solche, die in erster Linie die Wohlhabenden treffen. Wir werden für die Fassung der Kommission stimmen. (Bravo! bei den Nationalen.)

Liebermann von Sonnenberg (A.) wirt dem Abg. Seibel vor, daß er oftmals falsch prophesiert, macht auf den leimern Liebeszug aufmerksam, der in der Schlacht über den Sturmhübel gezeigt wird, und erwähnt mit einem Stint aus Glauchwitz die ganze Vorlage. (Bravo! rechts.)

Dr. Spahn (Z.) legt kurz die Unterschiede zwischen der Regierungsvorlage und den Kommissionsberichten dar. Die Erhöhung der Präsenzliste erst vom 1. Oktober d. J. bedeutet die Vermeidung einer zu kurzen Befristung des dreijährigen Exzils. Die Befristung der Dekonomie-Handwerker ist eine alte Forderung meiner Partei. Redner verweist alsdann die Resolution gegen den Abg. Seibel. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Liebermann (A.) begrüßt die Vorlage und die Vermehrung der Kavallerie und wünscht keine Commotion in den Dummheiten.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) stellt den Herrschaften am besten durch die „Gabe des neuen Mannes“ gekleidet. Sehr gutman bei der Zeit. Redner erklärt dann die Bedeutung der Sozialdemokratischen Gesetzgebung für die Verwirklichung, erklärt sich einverstanden für die Vermehrung der Fußartillerie und die der Reserve, ist aber gegen eine Bindung auf längere Zeit. Aus der gegenwärtigen Vorlage läßt sich die Notwendigkeit der Vermehrung des Heeres nicht herleiten. Wir sehen ja in der Budgetkommission erfahren, daß das Kriegsbudget nicht immer bei den höchsten Standpunkten, sondern bei den besten Standpunkten ist. (Sehr richtig! links.) Wir sind für die Erziehung der Reservehandwerker durch Sozialhandwerker, aber — trotz der hohen Kosten des Kriegsmaterials in der Kommission — gegen die Vermehrung der Kavallerie. Die Vorlage wird eine neue Befristung der Steuererhebung mit sich bringen. Wenn die Sache so ernst für eine Finanzreform ist, so mag sie doch zunächst die gegenwärtigen Bedürfnisse befriedigen. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Einem: Ich habe von mehreren Seiten verstanden, daß der Abg. Seibel für seine Idee zu gewinnen. Dagegen habe ich gehört, daß der Abg. Dr. Müller-Sagan zu überzeugen. Das nun hat nicht gelungen, ich bin mir sehr wohl bewußt. Er hat doch nicht gesagt, daß ich in der Kommission eine solche Rede gehalten habe. (Ganze Versammlung.) Aber diese Rede (erzählt die Rede) hat keinen Zweck und einen Schaden gemacht, und der Dr. Müller-Sagan nicht von der Kommission der

Vermehrung der Kavallerie überzeugt. Das einzige Mittel, um ihn zu überzeugen, wäre, ihn an die Spitze einer Kavalleriedivision zu stellen (Sturm. Heiterkeit) und ihn einem Gegner mit ausgezeichneter Kavallerie gegenüberstellen. Redner polemisiert alsdann unter stürmischen Heiterkeitsausbrüchen des Hauses gegen die Behauptung des Dr. Müller-Sagan, daß die Lanzenfähnen wahre Sammelherde von Batterien seien.

Schrader (Zp.) ist im großen und ganzen für die Vorlage in der Kommissionsfassung, wünscht aber die Deckung der Kosten durch die direkten Reichssteuern. (Beif. b. d. freil. Vgg.)

Dr. Böcker (Ant.) ist für die Vorlage, für Steuern auf tragfähige Schultern, für eine Wehrsteuer und namentlich für viele kleine Garnisonen. (Bravo b. d. Ant.)

Dr. Müller-Sagan (Zp.) vertritt die Ansicht, daß es eine Forderung der Menschlichkeit sei, in die Lanzenwunden nicht noch vermittelst der Lanzenfähnen Batterien hineinzubringen.

Kriegsminister v. Einem macht darauf aufmerksam, daß die Lanzenfähnen sich 1 1/2 Fuß unter der Lanzen Spitze befinden, während für gewöhnlich ein Stief von 1 Zoll Tiefe genügt, um einen Gegner kampfunfähig zu machen.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) befürchtet trotzdem, daß einmal die Lanze bis zur Flagge in den Körper eindringen kann.

Kriegsminister v. Einem: Ein Mensch, dem die Lanze bis zur Flagge durch den Körper gerannt wird, braucht sich wirklich in Bazillen nicht mehr zu kümmern. (Bravos Heiterkeit i. ganzen Hause u. a. d. Tribünen.) Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Änderung der Wehrpflicht (Gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und reisende Artillerie). Die Kommission hat eine Bestimmung eingeschaltet, welche für die Urlaubsbewilligungen mögliche Berücksichtigung der bürgerlichen Berufe, namentlich Berücksichtigung der Ernährungsverhältnisse, fordert. Ein Antrag Albrecht (SD.) und Gen. fordert die zweijährige Dienstzeit auch für Kavallerie und reisende Feldartillerie und Aufhebung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen. Eine Resolution Dr. Müller-Sagan verlangt, die Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der Vorbereitungen des einjährig-freiwilligen Dienstes.

Dr. Norman (A.) stimmt mit schwerem Herzen für die Vorlage und überläßt die Verantwortung für die gesetzliche Festlegung des zweijährigen Dienstes der Regierung. (Bravo rechts.)

Dr. Sadelum (SD.): Nur deshalb wurde 1893 die gesetzliche Dienstzeit nicht gesetzlich festgelegt, weil die Regierung einen Scharnhorst behalten wollte, um von dem Reichstage neue Heeresvermehrungen zu erpressen. An sich hat der vorliegende Gesetzentwurf geringe Bedeutung, aber er bietet uns die gewünschte Gelegenheit, einige andere Reformen vorzuschlagen. Unsere beiden Anträge, die natürlich in keiner Weise unsere prinzipiell ablehnende Stellung zu dem heutigen Heereswesen tangieren, bezwecken, die jetzige allgemeine Wehrpflicht durch die gleiche Dienstpflicht zu ergänzen. Die Einjährig-Freiwilligen bei der Kavallerie, denen doch auch der Herr Kriegsminister wohl kaum einen besonderen Heldenverdienst zuschreiben will, beweisen, daß man auch bei der Kavallerie mit einer kürzeren als der 3-jähr. Dienstzeit auskommen kann. Das Vorrecht der Einjährigen mochte zur Zeit der Befreiungskriege eine gewisse Berechtigung haben; heute ist es zu einem völlig ungerechtfertigten, aber freilich noch so sorgfältiger konservierten Privileg des Besitzes geworden. Schon Scharnhorst hat auf die Neigung der oberen Klassen aufmerksam gemacht, sich vom Militärdienst nach Möglichkeit zu drücken. Auch der Kriegsminister hat in der Kommission zugeben müssen, daß wir es hier mit einem Privileg zu tun haben. Außerdem belastet das Berechtigungsprivileg auf das Furchtbare unsere höheren Lehranstalten. Ferner hat das Institut der Einjährig-Freiwilligen einen greulichen Punkt in unserer Sozialpolitik hervorgehoben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In militärischer Beziehung stellen die Einjährigen ein störendes Element dar, verbreiten Neigung zum Luxus, beliehen Unteroffiziere und Feldwebel und bringen den größten Teil ihrer Dienstzeit außerhalb der Kasernen zu. Die allgemeine Durchführung der zweijährigen Dienstzeit würde gleich das Eine haben, dadurch, daß sie alle Volksschichten gleichmäßig trifft, auch die bürgerlichen Parteien für eine weitere Herabsetzung der Dienstzeit zu interessieren. In Frankreich ist jedoch die Reform, die wir verlangen, gesetzlich durchgeführt; auch hier in Deutschland werden über kurz oder lang unsere Forderungen trotz des Widerstandes der sich an ihre Privilegien klammernden herrschenden Klassen sich durchsetzen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Gröber (Z.) findet viel richtiges in den Ausführungen des Sadelums, ist aber doch gegen die Aufhebung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen, während er die Annahme der Resolution Müller-Sagan empfiehlt. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Müller-Sagan (Zp.) kehrt der Tribüne den Rücken zu und bleibt daher zum großen Teil unverständlich. Er empfiehlt seine Resolution, die er dahin erläutert, daß durch sie eine allmähliche Ausdehnung des einjährigen Dienstes durch Aushebung der Berechtigung herbeigeführt werden soll. (Beif. b. d. freil. Vgg.)

Graf Triola (R.) ist dem Antrag Müller-Sagan nicht abgeneigt, erkennt an, daß der Luxus der Einjährig-Freiwilligen, namentlich in Kavallerieregimentern, einen großen Unfug bedeute, hält aber den Antrag der Sozialdemokraten für zu weit gehend. (Beifall b. d. Kathol.)

Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) erklärt sich für den Antrag Sadelum und betont, daß er stets ein Gegner des einjährig-freiwilligen Systems gewesen sei. Wir nehmen durch Abschaffung des Einjährigen-Privilegs der Sozialdemokratie ein gutes Agitationsmittel, leider wird es noch genug andere behalten. (Beifall bei den Nationalen.)

Norman (A.) wirt den Sozialdemokraten vor, daß er sich mit dem Habe auszusprechen und erklärt das Institut der Einjährig-Freiwilligen schon des Reservoffizierswesens für notwendig.

Berner (Ant.) ist für Befristung des einjährigen Dienstes.

Singer (SD.): Ich frage mich, auch einmal mit dem Abg. Liebermann einer Meinung zu sein. (Heiterkeit.) Der berühmte Boxerband legt durchaus Wert darauf, daß die Boxen nur zwei Jahre bei der Kavallerie dienen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Stellungnahme des Herrn Gröber wandert mich. Seine Parteigenossen in Süddeutschland haben sonst immer den einjährig-freiwilligen Dienst als Selbstprivileg bezeichnet und angegriffen. Wir werden nicht verstehen, dem Abg. Liebermann von Sonnenberg der sich für unseren Antrag erklärt hat, beim Worte zu stehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die freisinnigen machen das Privileg dadurch heilig, daß sie es zunächst annehmen. Eine eigentümliche Logik! Je größer

die Preise sind, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Privilegs haben, desto geringer wird die Hoffnung, zu einer Verkürzung der Dienstzeit zu gelangen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Privileg des Besitzes würde auch nach Annahme des Antrages Müller-Sagan der einjährig-freiwilligen Dienst auf alle Fälle bleiben. Die Regierung wird sich schon hüten, in bedeutendem Umfange unbemittelten Geldmitteln zum einjährig-freiwilligen Dienst zur Verfügung zu stellen. Der Einwand des Abg. Norman, daß unser Antrag das Reservoffizierswesen schädigen würde, ist völlig unhaltbar, dieses würde vielmehr nur Nutzen davon haben, wenn die jungen gebildeten Leute zwei Jahr dienen müßten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was in Frankreich möglich ist, wird auch bei uns möglich sein, und Frankreich hat uns so viel nachgemacht, daß wir ihm auch mal etwas nachmachen können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Folgt ist es auch, die Vermehrung der Soldatenmishandlungen mit der Verkürzung der Dienstzeit in Verbindung zu bringen. Wenn jetzt mehr Mishandlungen bekannt werden, als früher, so liegt das an der Einführung einer allerdings außerordentlich beschränkten Öffentlichkeit im Militärgerichtsverfahren, an den Einwirkungen von oben und den regelmäßigen Parlamentsverhandlungen über die Soldatenmishandlungen. Der Antrag Dr. Müller-Sagan ist auch schon darum für uns unannehmbar, weil er völlig inhaltlos ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Freisinnigen haben sich im Prinzip für unsern Antrag erklärt, weigern sich aber jetzt aus ganz unrichtigen Gründen für ihn zu stimmen. Die Deckung der Kosten darf nur aus direkten Reichssteuern gefehlen, man darf aber nicht so zupferlich sein und schon bei 4 Prozent Progression Halt machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Solange der Reichstag nicht ein allgemein verurteiltes Privileg des Besitzes beseitigt, wird er sich nicht wundern können, wenn das Volk mit Mißtrauen auf ihn blickt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Müller-Sagan befürwortet noch einmal die Resolution.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht, zweijährige Dienstzeit bei allen Truppenteilen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei und des Abg. v. Gerlach, der auf Befestigung des einjährigen Dienstes, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antisemiten und Abg. Jessen (Däne) und von Gerlach abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Militäretat. Schluß 7 Uhr.

## Die Bürgererschaft

befähigte sich in ihrer Versammlung am Montagmorgen zunächst mit einem Senatsantrage betr. die Ergänzungswahlen zur Bürgererschaft. Der vom Senat vorgeschlagene Gesetzentwurf hat folgende Fassung: „Gesetz, betr. die Ergänzungswahlen zur Bürgererschaft im Jahre 1905. Die verfassungsmäßig im Jahre 1905 stattfindenden Ergänzungswahlen zur Bürgererschaft werden im Monat November 1905 abgehalten. Bis zur ersten Versammlung der Bürgererschaft nach den Neuwahlen wird die Dauer des Mandates der für die Zeit bis zum 3. Montag im Juli 1905 gewählten Mitglieder der Bürgererschaft verlängert. Das gleiche gilt für die bis zu demselben Zeitpunkte gewählten Mitglieder des Bürgerausschusses hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft zu dieser Körperschaft, sowie für die bis zu demselben Zeitpunkte erwähnten Geschäftsstände der Bürgererschaft und des Bürgerausschusses. Auf die Wahlen und die Vorbereitungen der Wahlen finden die bestehenden Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die verfassungsmäßig oder gesetzlich bestimmten Zeiten um fünf Monate verschoben werden.“ Diese erklärte sich gegen den Senatsantrag, der mit dem Wortlaut der Verfassung sowohl wie mit der Geschäftsordnung der Bürgererschaft nicht zu vereinbaren sei; überhaupt sei die ganze Begründung dieser wichtigen Vorlage zu kurz und dürftig. Senator Dr. Schön betont, daß die Bürgererschaft wohl das Recht habe, die Mandate ihrer Mitglieder durch ein Gesetz zu verlängern. In diesem Sinne haben sich gutachtlich auch die Staatsrechtslehrer Laband und Jörn ausgesprochen. Auch der Reichstag habe bereits einmal seine Mandate verlängert. Pape bezeichnet den Gesetzentwurf als ein Angstprodukt, das seine Entstehung der Angst vor der Sozialdemokratie verdanke. (Wortführer Stiller ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung! Ein Teil der Mitglieder der Bürgererschaft ruft hierzu Bravo.) Wenn über den Antrag abgestimmt würde, so müßten sich übrigens die 40 Mitglieder der Bürgererschaft, die ein persönliches Interesse an der Mandatsverlängerung hätten, der Abstimmung enthalten, denn es sei eine Verfassungsvorhanden, die das verlange. Ferner könne er auch seine Zustimmung zu der Vorlage im Hinblick auf seinen Bürgerreid nicht geben; denn er habe befürchtet, die Verfassung zu halten. Sodann polemisiert Redner gegen einen Antisemit-Artikel, in dem jedem, der sich gegen die Wahlrechtsvorlage wende, vorgehalten werde, er schimpfe. Weiter sei gesagt worden, wenn er und seine Freunde nach Ablauf ihrer Wahlperiode ihre Mandate niederlegen, so sei das eine Demonstration; das ist nicht der Fall, wir halten uns nur an den Wortlaut der Verfassung. Der Hinweis des Senatskommissars auf die Mandatsverlängerung der Mitglieder des Reichstages zur Zeit des deutsch-französischen Krieges sei deplaziert. Das waren doch ganz andere Verhältnisse. Wir wissen nichts von einer sozialdemokratischen Gefahr; wir richten uns nach der Verfassung. Geheimrat Brecht meint, Pape und seine Freunde hätten zu scharf Stellung gegen den Gesetzentwurf genommen und könnten nun nicht mehr zurück. Die Bürgererschaft sei sehr wohl in der Lage, die Mandate zu verlängern; auch könnten alle Mitglieder mitstimmen, denn ein Bürgerchaftsmandat sei kein Privatvertrag zwischen den Wählern und den Gewählten. Der Einwurf, der vielleicht gemacht werde, dann könnte man ja auch die Mandate auf Lebenszeit verlängern, treffe zu. Das Recht habe man; man würde aber wohl keinen Gebrauch davon machen. Auch Bundesrat und Reichstag haben ihre Kompetenzen bereits früher verschiedentlich erweitert; sie waren sicher dazu berechtigt. Senat und Bürgerchaft seien eben „aus Joveneran“. Nun wäre die zweite Frage, ob es opportunt sei, die vom Senat gewünschte Verlängerung der Mandatsdauer vorzunehmen; ich bejahe dieselbe. Wir gewinnen dadurch Zeit, die Wahlrechtsreform oder Wahlrechtsänderung eingehend erörtern zu können. Bilettist treten dann auch bessere Vorschläge, als die von der Kommission gemachten, zutage; allerdings hat der Bürgerrechtsverein in seiner letzten Versammlung keine Abänderungsvorschläge gemacht. Im übrigen hoffe ich, daß an dem Entwurf noch Veränderungen vorgenommen werden. Ich habe die Ansicht Brecht; Verfassungsänderungen seien auch nach dem Wortlaut der Verfassung zulässig. Pape hat von Brecht, der ja ein hochachtungswerter Mann sei, eine andere Stellungnahme nicht erwartet.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) kehrt der Tribüne den Rücken zu und bleibt daher zum großen Teil unverständlich. Er empfiehlt seine Resolution, die er dahin erläutert, daß durch sie eine allmähliche Ausdehnung des einjährigen Dienstes durch Aushebung der Berechtigung herbeigeführt werden soll. (Beif. b. d. freil. Vgg.)

Graf Triola (R.) ist dem Antrag Müller-Sagan nicht abgeneigt, erkennt an, daß der Luxus der Einjährig-Freiwilligen, namentlich in Kavallerieregimentern, einen großen Unfug bedeute, hält aber den Antrag der Sozialdemokraten für zu weit gehend. (Beifall b. d. Kathol.)

Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) erklärt sich für den Antrag Sadelum und betont, daß er stets ein Gegner des einjährig-freiwilligen Systems gewesen sei. Wir nehmen durch Abschaffung des Einjährigen-Privilegs der Sozialdemokratie ein gutes Agitationsmittel, leider wird es noch genug andere behalten. (Beifall bei den Nationalen.)

Norman (A.) wirt den Sozialdemokraten vor, daß er sich mit dem Habe auszusprechen und erklärt das Institut der Einjährig-Freiwilligen schon des Reservoffizierswesens für notwendig.

Berner (Ant.) ist für Befristung des einjährigen Dienstes.

Singer (SD.): Ich frage mich, auch einmal mit dem Abg. Liebermann einer Meinung zu sein. (Heiterkeit.) Der berühmte Boxerband legt durchaus Wert darauf, daß die Boxen nur zwei Jahre bei der Kavallerie dienen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Stellungnahme des Herrn Gröber wandert mich. Seine Parteigenossen in Süddeutschland haben sonst immer den einjährig-freiwilligen Dienst als Selbstprivileg bezeichnet und angegriffen. Wir werden nicht verstehen, dem Abg. Liebermann von Sonnenberg der sich für unseren Antrag erklärt hat, beim Worte zu stehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die freisinnigen machen das Privileg dadurch heilig, daß sie es zunächst annehmen. Eine eigentümliche Logik! Je größer



wir wollen aber kein bürgerlich-gottesgnadenhaftes Gutachten eingeholt haben, hätte man sich in diesem Falle bezüglich der Gutachten große Beschränkung auferlegt. Die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages zur Kriegszeit sei auch aus dem Grunde vorgenommen worden, weil sich ein großer Teil der Wähler in Frankreich befinde. Buchwald nimmt an, daß Pape keine Populartätshäuferei treibe, sondern aus Ueberzeugung spreche. Ein Vergleich mit dem Reichstag hält er nicht für richtig, da derselbe ganz erneuert wird, während die Bürgererschaft ergänzt wird. Wenn man jetzt nicht die Verlängerung der Mandate beschließen könnte, so würde man das auch in Zukunft unterlassen müssen, denn immer ist ein Teil der Bürgerchaftsmitglieder mit seinen Mandaten daran interessiert. Er bitte um Annahme des Senatsantrages. Bei der Abstimmung erheben sich sämtliche Bürgerchaftsmitglieder bis auf fünf für den Senatsantrag, der damit angenommen wurde.

Sodann wurde der Vorschlag der Verwaltungsbehörde für die städtische Gemeindeanstalten für das Verwaltungsjahr 1905 zur Beratung gestellt. Beim Titel „Gasanstalt“ fragt Coleman an, weshalb es von der Leitung der Verwaltungsbehörde verboten sei, den Gasparapparat „Deonom“ zu benutzen. Direktor Gase erwiderte, dieser Apparat sei noch nicht genügend erprobt und auch nicht gefahrlos. Schorer bestreitet, daß die Benutzung des „Deonom“ gefährlich sei. In der weiteren Debatte über diesen Punkt, die ohne Belang ist, beteiligen sich noch Dr. Fehling, Schorer, Dr. Wichmann und Senator Dr. Fehling. Gussmann wünscht den Fortfall der Abkühlung für die größeren Gasabnehmer; ihm wird von Direktor Gase und H. Thiel entgegengetreten. Pape und Meeths führen Beschwerde darüber, daß vor den Türen die Strahlenlaternen — auch die, welche auf die Feuerweider hinweisen — zu früh gelöscht werden. Senator Dr. Fehling will etwa vorhandene Mängel abstellen.

Beim Titel „Elektrizitätswerk“ tritt Rosenau für eine Verbilligung der Miete für Elektrizitätszähler ein. Demgegenüber weist Senator Dr. Fehling auf die schnelle Abnutzung derselben hin. Dr. Ziel bemängelt das häufige Klackern der Bogenlampen. Coleman beantragt eine Minderung der Stromlieferungsbedingungen in der Richtung, daß auch die Stromlieferung für technische Zwecke zu demselben Preis erfolgen soll, wie die für Kraftanlagen. Nachdem auch von Senatsseite hiergegen keine Bedenken erhoben wurden, gelangte der Antrag zur Annahme. Quigow beantragt eine Verbilligung der Lichtstromlieferung. Die jetzigen Bestimmungen stammen aus einer Zeit, als unser Elektrizitätswerk noch klein war. Die Preise sind so hoch, daß viele Ladeninhaber, Wirte usw., die mit dem elektrischen Licht einen Versuch gemacht haben, wieder zur Gasbeleuchtung zurückgekehrt sind. Es kann allerdings schon jetzt den Stromkonsumenten Rabatt gewährt werden, jedoch ist dieses System veraltet. Redner weist dann aus dem Bericht des Elektrizitätsrates in Halle nach, daß es ungewöhnlich sei, wenn man die kleinen Abnehmer verhältnismäßig höher belaste, als die großen. Direktor Gase entgegnet, daß die Handwerker hauptsächlich Kraftstrom gebrauchen, und dieser werde billig geliefert. Einer Prüfung der bestehenden Tarife liege nichts im Wege. In demselben Sinne äußert sich Senator Dr. Fehling. In der weiteren Debatte beteiligen sich noch verschiedene Redner, die neue Gesichtspunkte nicht hervorbringen. Der Antrag Quigow wird darauf angenommen.

Beim Titel „Wasserwerk“ beantragt Pape, Rohrbrüche, die auf staallichem Grund und Boden erfolgen, auf Kosten der Verwaltungsbehörde verbessern zu lassen; bisher habe man die betreffenden Anlieger herangezogen. Schorer wundert sich über diese Praxis der Behörde, auch Dr. Bötz ist erkrankt darüber. Der Antrag Pape sei jedoch geeignet, im Falle seiner Ablehnung das Gegenteil von dem zu bewirken, was beabsichtigt ist. Senator Dr. Fehling gibt zu, daß die von Pape geforderte Praxis tatsächlich bestehe, er habe jedoch gegen den Antrag Pape nichts einzuwenden. Dr. Benda wünscht eine formelle Minderung des Antrages Pape, mit der sich der Antragsteller einverstanden erklärt. Darauf wird der Antrag angenommen.

Beim Titel „Schlachthof“ rügt Mühsam das Viehtreiben über die Puppenbrücke. In demselben liege eine Gefahr für die Passanten. Vor nicht langer Zeit sei ein Unfall geschehen, der in urfächlichem Zusammenhange mit dem Viehtreiben stand, und der den Tod des Verletzten zur Folge hatte. Das Vieh dürfe nur in ganz kleinen Städten getrieben werden, in einer Stadt wie Lübeck müsse es aber verboten sein. Senator Dr. Schön entgegnet, daß das Vieh über die Puppenbrücke nicht getrieben, sondern nur geführt werden dürfe. Im Bürgerausschuß sei die Sache bereits eingehend besprochen worden.

Sodann wurde vom Vorsitzenden eine Petition zur Kenntnis der Bürgerchaft gebracht, in welcher verschiedene Stadtfahrer eine Aufhebung resp. Ermäßigung der Stadtfahrer eruchten. Dieselbe wurde auf Antrag von Dr. Meyer dem Senate überwiesen.

Dr. Wichmann wünscht, in Zukunft das Budget so eingerichtet zu sehen, daß bei den Plasterungsarbeiten Stadt und Vorstädte getrennt behandelt werden. Pape ersucht um Straßen- und Siedverbesserungen in der Vorstadt St. Lorenz. Darauf wird in der Gesamtabstimmung der Vorschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angenommen, ebenso das Generalbudget der öffentlichen Wohlfühligkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1905.

Sodann wurde in die Beratung des Staatsbudgets für das Rechnungsjahr 1905 eingetreten. Pape bittet um eine Aufstellung darüber, wieviel Geld der Staat bei seinen angekauften Grundstücken wie Schloß Rankau usw. jährlich zusehe. Senator Eschenburg gibt zu, daß Schloß Rankau nur wenig Miete bringe; es sei jedoch für das Schwimmbad an St. angekauft worden. Badeschlutup weist darauf hin, daß durch die Korrekturen der Fischreichthum der Trave gemindert sei und beantragt, Versuche anzustellen, diesem Uebelstande abzuwehren. Senator Schön glaubt nicht, daß die Trave zu Versuchen mit Forellen und ähnlichen Fischen geeignet sei; die Korrekturen dürften keine Inhibierung erfahren. Nach einer Erweiterung Bades wird dessen Antrag angenommen. Meinde-Travemünde wünscht, daß die Eisenbahn ebenso zur Steuer herangezogen werde, wie andere Aktiengesellschaften. Vom Senatliche wird erklärt, daß die Eisenbahnsteuer durch einen besonderen Vertrag geregelt ist. Schulmerich ersucht, Schulkindern, die Ausflüge machen, das Brückengeld für die Herrenbrücke zu erlassen. Bei den Ausgaben für das Amtsblatt meint Pape, ob die 200 Mk., die dafür ausgesetzt sind, nicht zu niedrig sind für die Behandlung, welche Mitglieder der Bürgerchaft von diesem Blatte häufig erfahren. Weiter wünscht Redner Gebühren für Titel, das würde gewiß eine gute Ein-

nahmequelle werden. Beim Kapitel „Schulen“ rügt Stender, daß die Oberlehrerbörde eine etatmäßige Mittelschule habe eingehen lassen, ohne die Bürgerchaft zu befragen. Senator Dr. Schön rügt das Vorgehen der Oberlehrerbörde zu entschuldigen. Verschiedene andere Redner bemängeln ebenfalls die Beiseiteschiebung der Bürgerchaft. Beim Titel „Lotherrücknahme“ tritt Pape für eine Entschädigung der durch das Eingehen unserer Staatslotterie geschädigten Kollektoren ein. Senator Eschenburg erklärt eine solche Entschädigung für unmöglich. Darauf wird um 2 Uhr die Sitzung auf abends 6 Uhr vertagt. P. L.

## Lübeck und Umgebungsgebiete.

Dienstag, den 21. März 1905.

Freiwillige Wandlungsfähigkeit. Bekanntlich hat in der letzten Versammlung der Bürgerchaft rechtsverleiner Herr Dohbert in eine Länge für das geplante Wahlrecht gebrochen und den Bericht der Wahlrechtsverleinerungskommission zu verteidigen gesucht mit dem Hinweis auf die drohende „rote Gefahr“. Es wird gewiß die Öffentlichkeit interessieren, zu erfahren, daß dieser Herr einmals durchaus nicht abgeneigt war, mit der Sozialdemokratie zu teufelmecheln. Es war im Jahre 1897, als dieser brave Freisinnsmann kurz vor der Bürgerchaftswahl sich in die verfluchte „Volksknoten“-Kebaktion hinaufwagte, um darüber zu konferenzieren, ob es nicht angängig sei, zu kompromittieren zwischen dem Bürgerchaftsverein und der sozialdemokratischen Partei. Der „V.“ werde ja gern ein paar sozialdemokratische Namen auf seine Liste nehmen, nur — dürsten es natürlich keine Leute sein, die — bekannt wären. Dieser echt Dohbertsche Gedanke, der sich genau so genial bei Licht ausnimmt, wie der politische Fördermeister, wenn er hoch zu Ross im „Volksfestzug“ paradiert, wurde selbstverständlich mit gebührender Ironie belohnt und abgewiesen. Inzwischen ist Herr Dohbert durch die Gnade des „Vaterstädtischen“ Bürgerchafts- und Bürgerchaftsaussschußes geworden und das scheint ihm zu Kopf gestiegen zu sein; er ist seitdem krampfhaft bemüht, des Freisinnigen Wandlungsfähigkeit nach rechts à la Mugan zu illustrieren.

Zur Stadttheaterfrage. Der Bürgerchaft wurde am Montag morgen ein Senatsdekret vorgelegt, nach welchem der Senat es ablehnt, ein Provisorium im alten Stadttheatergebäude zu schaffen. Der Senat hat sich jedoch nach reiflicher Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände entschlossen, den Vorschlägen des Finanzdepartements mit nur geringen Abweichungen zu folgen und wird seinen Antrag der städtische Erbauung eines Theaters auf dem Lindenplatz u. v. d. a. ohne Verzug der Bürgerchaft zunächst aber nach Art. 70 der Verfassung dem Bürgerchaftsaussschuß vorlegen.

Die Gastierfeier werden von morgen an in der Stadthalle stattfinden; wir machen darauf besonders aufmerksam.

Benefiz im Stadttheater. Auf das am Mittwoch stattfindende Benefiz sei nochmals hingewiesen und dabei bemerkt, daß das dabei zur Aufführung kommende Lustspiel von dem Benefizianten ist und seine Neufführung erlebt. Die beliebte Vorgängige Oper „Bar und Zimmermann“ hat Herr Carl Kruthoffer für seinen am Donnerstag stattfindenden Ehrenabend gewählt und kann man bei der Beliebtheit des Sängers und gleichzeitig bei Ermäßigung der Preise auf ein ausverkauftes Haus rechnen.

Verleinerungsfall. In der Färberei von H. Dohbert kam am Sonnabend eines der dort beschäftigten jungen Mädchen dem Betriebe einer Maschine zu nahe; Kamuräder erjachten ihre Kleidung und zogen einen Arm hinein, der stark gequetscht wurde. Der Bedauernswerten wurde, wie wir hören, am Nachmittag der Arm amputiert. Ob ein Mangel an Schutzvorrichtungen vorhanden war, wird die Untersuchung ergeben. Nach Lage der Sache scheint es so.

In der Stadthalle gastierte gestern Abend vor fast ausverkauftem Hause der bekannte Tenorist Bstel vom Hamburger Stadttheater als Postillon von Longjumeau in Haams gleichnamiger Oper. Die Stimme des Gastes klang vielfach scharf und nasal; trotzdem war der Erfolg nach dem Postillonslied und der Einlage „Gute Nacht“ groß. Von den heutigen Künstlern waren namentlich J. v. Rodden und Herr Kruthoffer um das Gelingen der Aufführung besonders verdient.

Das Konfuzerfahren über das Vermögen des Schmiedemeisters Wilhelm Heinrich Ferdinand Gade in Lübeck wird, nachdem die Schlussverteilung erfolgt ist, hiermit aufgehoben.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Meve, wegen Verbrechen nach § 176 des St.-G.-B. (Unzüchtige Handlungen an Kindern.)

Obsequie. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde der große Kohlenstapen des Steinkohlenhändlers H. Offen, Hamburgerstraße hier selbst, nebst einer größeren Menge Braunkohlen ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache des Feuers ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Der Besitzer und Frau waren beim Ausbruch des Feuers abwesend. Von dem Gebäude sind nur die massiven Grundmauern stehen geblieben.

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Wie die Hamburger Blätter melden, wurde in einer Sandgrube bei Altdorf ein Handkoffer mit Papieren aufgefunden, aus welchen hervorgeht, daß die beiden am Sonnabend aus der Auster gezogenen Leichen der Klempner Heinrich Koberle aus Alt-Domnitz in Schlesien und dessen Sohn sind. — Der Stellmacher Gakke in Dambeck bei Bobitz, der im Verdacht steht, daß er am Dienstag dieser Woche seiner Ehefrau mittelst Beilhiebes schwere Wunden beigebracht und dann, um den Verdacht der Täterschaft von sich abzuwenden, dieselbe aufgehängt haben soll, ist nach Schwerin ins Landgerichtsgefängnis gebracht worden. Gakke, welcher der Leichenschau bewohnte, hat bisher die Tat bestritten. — Der Häusler Semler aus Malitz bei Grabow wollte den Kahn seines Schwiegervaters nach der Malitzer Biergelei transportieren, wobei er beim Passieren einer Brücke gegen einen Strohpeiler gedrückt wurde. Er sollte auf ärztliche Anordnung ins St. St. Bethlehem überführt werden, starb aber bereits auf dem Wege dorthin.

Hamburg. Die geheimen Fezer, Bühler und Umstürzler an der Maulwurfsarbeit. Der „Frl. Btg.“ wird von hier geschrieben: „Unsere Bürgerchaft besteht aus 160 Mitgliedern, wovon 40 von den sogenannten Notabeln, 40 von den Grundeigentümern und 80 von allen Bürgern gewählt werden. Voraussetzung für den Erwerb des Bürgerrechts ist die Versteuerung von 1200 Mk. Einkommen während 5 Jahre hintereinander. Bei den vorjährigen Bürgerchaftswahlen gelang es nun zum ersten Mal den Sozialdemokraten, einen größeren Erfolg, nämlich 12 Mandate, bei den allgemeinen

Wahlen zu erringen, so daß sich ihre Fraktion jetzt auf 13 Köpfe unter 160 beläuft. Diese Tatsache läßt einen Teil unserer „guten Bürger“ nicht schlafen, und seitdem man in dem benachbarten Lübeck mit den reaktionären Wahlrechtsverleinerungsplänen hervorgetreten ist, scheint sich auch hier eine ähnliche Strömung entwickeln zu sollen. Wie von guter Seite verlautet, sind jetzt Vertreter aller drei bürgerlichen Fraktionen im geheimen zusammengetreten, um über derartige Projekte zu beraten. So munkelt man von allen möglichen Dingen, von einer Erhöhung des Zensus auf 1500 oder 2000 Mark, von der Einführung eines Klassenwahlrechts usw. Am meisten zu bedauern ist, daß die Linke, in der sich auch Anhänger der Freisinnigen Volkspartei befinden, in diesem Treiben eine führende Rolle haben soll. Daß das sogenannte Linke Zentrum, dessen Führer der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler ist, welcher hier 1894 eine Verleinerung des Reichstagswahlrechts forderte, sich an der Aktion beteiligt, ist natürlich. Am ablehnendsten soll sich die Rechte gegenüber diesen Plänen verhalten. Hoffentlich gelingt es, wie in Bremen, einen solchen Versuch des Rückschritts energisch abzuwehren. Denn es ist doch nicht zu leugnen, daß unser Wahlrecht, welches die Hälfte aller Sitze den Privilegierten von vornherein vorbehält, schon an sich ein solch reaktionäres Gepräge hat, daß eine weitere Verleinerung in unserer Zeit, die auf eine Erweiterung der Rechte der großen Masse der Bevölkerung gerichtet ist, geradezu ungeheuerlich sein würde. Der springende Punkt der ganzen Sache ist aber, daß unsere Hausagrarien, welche an den ihnen garantierten 40 Sitzen nicht genug haben und die bisher in den allgemeinen Wahlen regelmäßig eine erhebliche Verstärkung ihrer Richtung erlangten, fürchten, daß in Zukunft ihre Position ernstlich gefährdet werden könnte. Auch dem „F. B.“ sind derartige Mittelungen, wie sie der „Frl. Btg.“ zugegangen sind, vor einiger Zeit gemacht worden. Nach der letzten halblichichtigen Erneuerung erhob sich ja sofort das Gequatsche der Reaktions-Linken, das dann plötzlich verstummt, um hinter den Kulissen insgeheim fortgesetzt zu werden. Man hat bei Erörterung der jetzigen dunklen Pläne wohlweislich diejenigen Fraktionsmitglieder ausgeschlossen, die nicht mitmachen wollen. Die „Scharzmacher“ glauben, durch einen gemeinsamen Wahlrechtsraub sich noch eine Galgenfrist sichern zu können, werden sich aber bitter täuschen. Durch derartige reaktionäre Mittelungen hält man den Fortschritt der Zeit nicht auf. Die wirklichen geheimen Wahlrechtsräuber werden die Erfahrung machen, daß ihnen gründlich in die Suppe gepudt wird.

Hamburg. Die Leiche des neugeborenen Kindes der Verkäuferin Helene Schulle aus der Dammtorstraße haben Kriminalbeamte schon am 15. d. aus der Auster gefischt, und zwar beim Bootshaus des Ruderklub „Favorit-Harmonia“. Die Leiche lag in einem Beutel eingebunden und mit einem dicken Stein beschwert; sie war schon ganz verwest. Die Legalsektion ergab, daß das Kind — es war ein Knabe — bei der Geburt gelebt und durch Ertränken getötet war. Die Anklage gegen die Schulle soll auf Aussetzung und gegen ihren Bräutigam auf Mord lauten.

Einhorn. Ein furchtbares Brandunglück hat, wie schon kurz berichtet, im benachbarten Orte Fleien den Tod von drei Menschen zur Folge gehabt. In der Nacht zum Sonnabend ist die Kiste des auf Fahrt abwesenden Schiffers Mohr niedergebrannt; dabei sind die Frau und die beiden Töchter des Mohr, im Alter von 11 und 13 Jahren, in den Flammen umgekommen. Als die Nachbarn das Feuer bemerkten und die Fenster einschlugen, erhielten sie auf ihr Klagen keine Antwort; ins Haus war nicht hineinzukommen, da das Dach jeden Augenblick einwärts konnte. Nachher fand man die drei Leichen; die Mutter lag vor dem Bett der Kinder, halb über dasselbe gebeugt. Wahrscheinlich hat sie die Kinder noch retten wollen und bei dieser Tat der Mutterliebe selber den Tod gefunden.

## Beste Nachrichten.

Wärzburg. Durch Einsturz eines Kellers in Bülkerheim wurden zwei Arbeiter getötet, einer tödlich verletzt.

Neuwied. Furchtbares Grubenunglück. In der Hahnhof-Kohlengrube bei Charleston (Virginia) sind durch eine Explosion zehn Menschen getötet worden. Eine Rettungsaktion, die 14 Mann stark in die Grube einfiel, kam infolge einer zweiten Explosion ebenfalls ums Leben. — Durch eine Kessel-explosion entstand in Brocton (Massachusetts) eine Feuerbrunst in der Groverischen Schuhfabrik. 23 Personen sind umgekommen, ihre Leichen wurden geborgen; es ist nicht bekannt, ob sich noch mehr Tote unter den Trümmern befinden. Nach den letzten Nachrichten sind im ganzen 60 Leichen geborgen.

Die Geburt eines Frühgeborenen zeigen an  
F. Reck und Frau.

Wilhelmine Dierk  
Christian Gieseler  
Verlobte.

Lübeck, den 21. März 1905.

Am 19. d. M. starb nach langem Leiden unser

Sater **Rud. Gäde**

im 68 Lebensjahre Liebetraner von

Gäde Ww. und Kinder.

Die Beerdigung findet Donnerstagsvorm. 10 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Hl. Gottesaders aus statt.

Zu vermieten um 1 April eine freundliche  
Zweifloßen-Wohnung. Preis 180 Mk.  
Näheres Segebergstraße 16

Ein Pögis zu vermieten

Felzerstraße 13.

Sofort eine sandere Morgenfrau oder  
Mädchen

Catharinenstraße 21 a. I.

Junger verheirateter Mann

sucht feste Arbeit irgend welcher Art.

Off. erbeten n. A 35 an die Exped. d. Bl.

Eine Frau wünscht Beschäftigung,  
paar halbe Tage zum Waschen.

Dbertrade 37/3.



**Auf zum Protest!**

**Auf zum Protest!**

**Montag den 27. März 1905, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr**

# Drei Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

„Vereinshaus“, Johannisstr. 50-52, „Flora“, Nebenhofstr. 9, und „Neu-Lauerhof“, Arnimstr. 33.

Tages-Ordnung  
in sämtlichen Versammlungen:

## Die geplante Verschlechterung des Bürgerchaftswahlrechts.

Referenten sind: Reichstags-Abgeordneter Schwartz, Redakteur Stelling und Arbeitersekretär Wissell.

**Die Bürgerchaftsmitglieder sind zu diesen Versammlungen eingeladen.**

Zu diesen Versammlungen müssen alle Steuerzahler — auch die Nichtbürger — erscheinen, die nicht einverstanden sind mit dem geplanten Gewaltstreich des um seine Herrschaft besorgten Lübecker Geldackflügel!

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Gegners der in Aussicht genommenen Wahlrechts-Verschlechterung, schon jetzt für einen Massenbesuch dieser Versammlungen zu agitieren!

Das Bürgerchaftswahlkomitee der Sozialdemokratischen Partei.

Ca.  
**200 000**  
Mark.

**Ca. 200 000 Mark.**

Ca.  
**200 000**  
Mark.

Unser Gesamtlager im Werte von

## ca. 200 000 Mark

gelangt vom heutigen Tage ab wegen vollständiger **Auflösung** unseres **Lübecker Hauses**  
zum

# Total-Ausverkauf

Wir bemerken ausdrücklich, dass infolge der bereits früher erteilten grossen Order für Frühjahr und Sommer noch täglich **Neuheiten** eintreffen und mit in den Ausverkauf zu

## fabrikhaft billigen Preisen

gelangen. Das Lager muss bis ca. 15. Juni a. c. geräumt sein. — Tägliche Gebrauchsartikel werden, um möglichst sortiert zu bleiben, in den ersten Wochen ergänzt.

# Warenhaus Hansa.

A. Wagner & Co.

Ca.  
**200 000**  
Mark.

**Ca. 200 000 Mark.**

Ca.  
**200 000**  
Mark.

**Schäfer** von einem jungen schwedischen  
Rass 150 Mk. gegen Silber und sonstige  
Sachen. C. H. an der Sp. 2. 21

**Fahrrad** billig zu verkaufen  
Reichstraße 40, I.

**Barbiergeschäft** an gutes  
Lage. B. an d. Sp. 2. 21

**Sie erhalten ein Schwager**  
mit Bedarf in billig zu verkaufen  
Hilfenstraße 15, I.

**Ein gut erhaltenes Kinderwagen**  
zu verkaufen. Sa. Böhme 24, 21

**Billing zu verkaufen:** ein Sofa,  
ein Kinderwagen, ein Spiegel.

**Zu jeglichen Glaserarbeiten  
und Einrahmen von Bildern**

**F. Johse, Glaserei, Engelstraße 59.**

**Eine Partie  
geräucherte Würst  
à Pfd. 80 Pfg.**

**Adolf Schmidt, Maist. Alter 68**

**Achtung Maurer!**

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Mittwoch den 22. März  
abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

1. Erledigung verschiedener Vereinsan-  
gelegenheiten.  
2. Bericht des Vorstandes.  
3. Bericht des Kassierers.  
4. Bericht des Schriftführers.  
5. Bericht des Jugendwartes.  
6. Bericht des Kulturwartes.  
7. Bericht des Sportwartes.  
8. Bericht des Fremdenwartes.  
9. Bericht des Hauswartes.  
10. Bericht des Gartenwartes.  
11. Bericht des Blumenwartes.  
12. Bericht des Tierwartes.  
13. Bericht des Pflanzenwartes.  
14. Bericht des Farnwartes.  
15. Bericht des Mooswartes.  
16. Bericht des Flechtenwartes.  
17. Bericht des Pilzwartes.  
18. Bericht des Insektenwartes.  
19. Bericht des Vögelwartes.  
20. Bericht des Säugetierwartes.  
21. Bericht des Fischwartes.  
22. Bericht des Mineralwartes.  
23. Bericht des Pflanzenwartes.  
24. Bericht des Tierwartes.  
25. Bericht des Fischwartes.

**Der Vorstand.**

**Panorama**  
(Säle a. d. Raffage, Berlin)  
Breitenstraße 53, 1. Stagg.  
Diese Woche ausgestellt:

**Die Alpen  
Ober-Italiens.**

**Stadt-Kalle.**

Donnerstag den 23. März:  
1. Gekipiel der 30 Schliersee  
der Rändener Direktoren Gesellschaft  
Konrad Dreher und Kammerjäger  
Franz Braki.  
Zum ersten Male:  
**Der Prozeßhansel.**  
Sollspiel in 4 Akten von Ludwig Ganghofer und  
Fritz Renart.  
**Schallplattler-Tanz.**  
In den 30. Jahren 1890er Jahren.  
Anfang 8 Uhr.  
Ermäßigte Preise im Vorverkauf

**Krautenunterstützungs-Kasse  
der Schmiede.**

**Versammlung**  
am Mittwoch den 22. März, abds. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.

Tages-Ordnung:  
1. Vorstandswahl.  
2. Bericht des Kassierers.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Die Ortsverwaltung.

**Stadt-Theater.**

Mittwoch den 22. März.  
Abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Ende 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
179. Vorstellung. 26. Mittwoch-Abonnement.  
**Benefiz für Ludwig Sillé.**  
**Mutter Erde.** Hierauf:  
**Frühling** von Ludwig Sillé.  
Donnerstag den 23. März. 180. Vorstellung.  
**Benefiz für Carl Kruthöfer.**  
Zum letzten Male bei ermäßigten Preisen.  
**Zar und Zimmermann.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Anzeigen: **Paul Böwig.**  
Verantwortlicher Redakteur für die Anzeigen: **Paul Böwig.**  
Druck: **Paul Böwig & Co.** — Druckerei in Lübeck.



## Soziales und Parteileben.

Die zehnte Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer usw. Deutschlands tagt seit dem 14. ds. Mts. in Hamburg. Die Tagesordnung umfaßt sechs Gegenstände. Aus Kopenhagen, Zürich, Wien und Belgrad überbringen Delegierte die Grüße ihrer Kollegen und Organisationen. Der den anwesenden 81 Delegierten vorliegende Rechenschaftsbericht des Vorstandes, des Ausschusses, der Preßkommission und des Ausschusses umfaßt eine Broschüre von 72 Seiten. Ihm ist zu entnehmen, daß die Organisation recht erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Berichtperiode 1903/04 weist eine Mitgliederzunahme von 8559 auf, wobei zu bemerken ist, daß noch über 40 000 Kollegen der Organisation fern liegen. Im ganzen hat die Vereinigung am Ende 1904 205 Filialen mit 22 651 Mitgliedern. Wie in allen übrigen Gewerkschaften, war auch hier die Fluktuation stark, was sehr bedauerlich ist. In der Berichtperiode fanden eine große Anzahl Lohnbewegungen statt, die nicht unbedeutende Erfolge brachten. Dem Kassenbericht pro 1903 ist zu entnehmen, daß die Einnahme 316 809,26 M., 1904 438 220,82 M., zusammen 755 040,08 M. betrug, die Ausgaben hingegen 1903 295 995,52 M., 1904 393 342,46 M., zusammen 689 337,98 M. Der Verzugsbeitrag am Schlusse 1904 251 559,18 M. Bei den Ausgaben sind einige interessante Posten: für Streikunterstützung 1903 93 217,79 M., 1904 122 993,57 M., zusammen 216 211,36 M., für sonstige Unterstützungszwecke (Kranken-, Reise- und Sterbeunterstützung) zusammen 90 888,42 M., für Gemäßigten-Unterstützung zusammen 1903/04 5567,23 M. Nachdem Tobler den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht eingehend erläuterte, gab Wentker den Kassenbericht, Seiner den Ausschäftsbericht, für die Redaktion des Verbandorgans Markt, für die Preßkommission Gehlert. Die daran anschließende Diskussion ist eine sehr lebhaft, in der alle möglichen Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck kommen, die die ganze Vormittags- und Nachmittags-Sitzung in Anspruch nehmen. — In der Mittwoch-Vormittags-Sitzung wird zuerst ein Begrüßungstelegramm der Malerorganisation aus New York zur Kenntnis gebracht und lebhaft begrüßt. Die Diskussion wird fortgesetzt und dabei die Auffassung der Hilfsarbeiter im Hauptbureau kritisiert, worauf Seiner (Ausschäftsmitglied) den Standpunkt des Vorstandes revidiert. Ferien seien den Angestellten gleichmäßig zu bewilligen. Er beantragte ferner zehn Tage vierzehntägiger Tage zu bewilligen. Der Redakteur Markt bestimmte die Haltung des Verbandorgans richtig, doch dürfe er nicht zu Hilfsleistungen bei Kassenangelegenheiten herangezogen werden. Zur Prüfung der Reichsorganisations-Ausgestaltung wurde schließlich eine fünfsitzige Kommission gewählt. Damit war der Rechenschaftsbericht erledigt. Dem Vorstand, Ausschuss und der Redaktion wurde Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Gewerkschaftskongress in Köln erhält das Wort Umhreit (Vertreter der Generalkommission). Er bespricht in sehr eingehender Weise die bevorstehende Tagesordnung des Kongresses. Seine Ausführungen berühren die Agitation, die unter den italienischen Arbeitern von italienischen Genossen durchgeführt wird. Diese Frage müsse in Köln gründlich erörtert werden. Die Propaganda müsse in Deutschland energischer betrieben werden. Auch die Streiks vom Jahre 1904 und der Bergarbeiterstreik mit ihren Lehren werden ebenfalls größeren Raum beanspruchen. Die Frage des Generalstreiks und die Stellung der Gewerkschaften dazu, müsse auch eine gründliche Erörterung finden. Die Erfahrungen lehren, daß die Mittel fehlen, solche riesige Massen über Wasser zu halten. Die Gewerkschaften haben das größte Interesse, gegen die Agitation für den Generalstreik zu wirken, sie müssen sich auf dem Kongress in Köln entscheiden. Auch die Mitarbeiter müsse gründlich

behandelt werden. Die darauf folgende Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress ergibt, daß Zimmerman-Frankfurt, Streine-Dresden und Raune-Bremen dahin delegiert werden. Zum dritten Punkt: Internationaler Malerkongress, spricht Tobler, der sich der hohen Kosten wegen dagegen wendet. Diese Frage könnte vielleicht anschließend an den internationalen Kongress in Stuttgart gelöst werden. Vorerst müsse man von den ausländischen Kollegen die Beteiligung erfahren. Die als Gäste anwesenden Kollegen aus Zürich, Wien und Belgrad sprechen gegen die vorläufige Entberufung eines internationalen Maler-Kongresses. Das Verhalten des Vorstandes, der beschloß, einen von französischen Kollegen einberufenen Kongress nicht zu beschicken, wird gutgeheißen. Es wird eine Kommission gewählt, die prüfen soll, ob es Gegenstände gebe, die würdig seien, auf einem eventuell im Anschlusse an den 1906 in Stuttgart abzuhaltenden internationalen Kongress behandelt zu werden.

Die Weber der Bundslinkwebererei von Schneiders und Irmen in München-Gladbach haben Lohnstreikigkeiten halber die Arbeit niedergelegt.

Die Breslauer Fensterputzer streiken wegen Anerkennung eines Tarifs.

Die Kohlenbarone über die Berggesetznovelle. In Berlin hatten sie sich am Donnerstag versammelt, die Herren des Bergbauischen Vereins. Im Zeichen der Schöpfungsgeschichte tagten sie; der Zentralverband deutscher Industrieller war's, der sie zusammengerufen hatte. Und sein Geist ruhte über den Verhandlungen und offenbarte sich in den Beschlüssen. Kein Bergarbeiterstreik! so lautet die Beschlüsse, die der Tag der Bergherren ausgegeben hat und die aufmerkjam gehört werden wird von den ausschlaggebenden Parteien des preussischen Dreiklassenparlamentes. Herr Bergmeister Engel war der erste Referent, nachdem der Bergarbeiter Bund, der Generalsekretär des Schafhauserverbandes, beschloß in den Hintergrund getreten war. Herr Engel referierte in Stille seiner bekannten Streik-Broschüre. Der zweite Referent, Abg. Dr. Kolb, war völlig mit ihm einverstanden. Und eben so die Zuhörer, die ihre Meinung dann in der folgenden Resolution niederlegten: „Die heutige Versammlung der Bergbauischen Vereine Deutschlands spricht sich einmütig dagegen aus, daß in den tariflichen Arbeiter- und Arbeitsverhältnissen des preussischen Bergbaues irgend welche berechtigten Veranlassung dafür vorhanden sei, die in der neuesten Berggesetz-Novelle vorgeschlagenen besonderen gesetzlichen Maßnahmen bezüglich der Bergarbeiterverhältnisse zu treffen. Sie wird diesen Standpunkt in einer ausführlichen Denkschrift dem Landtage vorlegen und hierbei noch ganz besonders auf die schwerwiegenden prinzipiellen Bedenken hinweisen, daß die vorgeschlagenen Gesetzbestimmungen in erheblicher Weise einseitig die Sozialdemokratie und das Großpolenium fördern und andererseits durch Vertenerung der Kohlenfeldbesteuern und damit auch der Kohlenfeldpreise die weitesten Kreise der Kohlenkonumenten und insbesondere die deutsche Ausfuhrindustrie schädigen würden.“ — Die Herren Kohlenbarone wissen die preussischen Dreiklassenabgeordneten an der rechten Stelle zu fassen. „Förderung der Sozialdemokratie und des Großpoleniums“ — einen solchen Vorwand für die Ablehnung des bishigen Bergarbeiterstreiks gibt es ja gar nicht! Ob übrigens die Angst der Herren Bergwerksbesitzer vor der Reglementierung wirklich ernst ist? Es fällt schwer, das zu glauben, wenn man den mageren Inhalt der Novelle betrachtet. Es ist der Perzentros, der den rebellischen „Knechten“ auch nicht den Schrein eines Zugeständnisses gönnt. Die Bergarbeiter können einen Kulturkampf, wenn sie sich gegen diese Annäherung wehren! Sie werden antworten auf ihrem Parteitag zu Berlin. Und dann haben preussische Regierung und Dreiklassenparlament das Wort! Sie haben eine Schicksalsfrage zu beantworten!

Der 18. März in Berlin. Der stille Winkel im

Friedrichshain, wo die Freiheitskämpfer aus den Märztagen des „tollen Jahres“ ruhen, wurde Sonnabend von tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen aufgesucht, um die Toten zu ehren. Die Polizei war, wie in früheren Jahren, in beträchtlicher Zahl erschienen; darunter auch die so bekannten Gestalten in Zivil. Einige Sittstörungen von Kranzträgern wurden vorgenommen. Auch sonst kam es zu einigen eigenartigen Zwischenfällen. So ereignete sich u. a. folgender Zwischenfall: Als der Genosse, der den Kranz der Sozialdemokratischen Partei Nordamerikas trug, nach überstandener Disziplinierung der Schleifenschrift abmüde die Worte: „Zensur passiert“ vor sich hin sprach, herrschte der zensurierende Leutnant denselben an: „Jede Anfeuerung“ ist hier überflüssig. Jede Anfeuerung ist hier verboten. Wer sich das nochmal erlaubt, den lasse ich sofort abführen.“ Die Zahl der gespendeten Kränze war eine enorme, auch vereinzelt bemerkte man Spenden von freisinnigen Bezirksvereinen und Kirch- und Bürgervereinen. Natürlich waltete der königl. preussische Zensur in ausgiebiger Weise seines vermeintlichen Amtes, jede Schleife mit revolutionären oder sonstwie „verdächtigen“ Versen abzuschneiden. Nach Schiller, zu dessen Ehre in einem Anrufe u. a. der Reichskanzler, sowie die Minister Hammer und Staudt auffordern, versiel der Polizeichef und zwar waren es folgende Verse aus „Wilhelm Tell“:

... Eine Grenze hat Tyrannenmacht.  
Wenn der Gedächtnis nirgends Recht kann finden. . .  
Zum leichten Mittel, wenn kein and'res mehr  
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.  
Der Zensurbehörde versiel auch die Schleife des Kranzes, den die Arbeiter der Berliner Maschinenfabrik Max Haffel u. Co. gespendet:

So wärget denn, ihr Blutgefellen,  
Doch sparet euren fetzen Haabr,  
Bis aus den Gedächtn der Haveln  
Empor wach die Revolution!

Der Kranzträger wurde sogar sofort festgenommen.

Zur Polizeiwache geführt wurde ferner der Überbringer eines Kranzes mit der Aufschrift:

„Den Militärdespotismus schafft man nicht auf parlamentarischen Wege ab, darum nehme ich kein Reichstagsmandat an.“  
Johann Jacoby.

Der Kranz war vom Vorlage und der Redaktion des „Anarchist“ gestiftet worden.

Die Berliner Polizeibehörde hat also, wie man sieht, einen schneidigen Zensur mit dem Amt des Schleifenabschneiders betraut. Der Mann verdient, zum nächsten Oberzensor ernannt zu werden. — Das arbeitende Volk aber läßt sich durch ein solches Vorgehen nicht abhalten, seine Toten in würdiger Weise zu ehren. Es verbindet mit dieser Ehrung das Selbstbild, unermüdlich weiter zu kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Banden des Kapitalismus.

Zu dem soeben angegebenen vorliegenden Heft des Werkes „Wider die Pfaffenherrschaft“ beginnt das Schlusskapitel, in dem der Verfasser noch einmal zusammenfassend den Inhalt des Buches rezipiert; in einem Anblich behandelt er den Kampf zwischen Wissenschaft und Religion, wie ihn namentlich die Päpste des 18. Jahrhunderts zu bestehen hatten. Der Verfasser zeigt dann, wie sich Wissenschaft und Religion in der neueren Zeit wieder auslösen aus der Furcht vor den Konsequenzen, die das Protestantentum aus den Lehren der Wissenschaft zieht, bis schließlich die Arbeiterklasse, den Sieg des Sozialismus erringend, jeder Pfaffenherrschaft endgiltig beseitigen wird. In der nächsten Woche erscheint das Schlussheft des Werkes, auf das sich noch immer Abonnenten angemeldet werden, die das Werk von Heft 1 an nachbezahlen können. Am 1. April wird das erste Heft des zweiten Bandes der Kulturbilder ausgegeben, der den Titel trägt: Die Habsburger-Vererbung. Auch dieser Band umfaßt 50 U. f. r.ungen à 20 Pf.

## Afria.

Ein nachheller Roman von Theodor Mügge.

108. Fortsetzung.

„Du, mein Freund?“ fragte Afria trüblich.  
„Ich sage dir, daß ich dich schätzen will bis an dein Ende. Sieh her, da ist eine Flasche Nestle für dich. Morgen sollst du aus diesem Loch, es soll dir wohl gehen. Täglich sollst du Speise und Trank bekommen, wie es dir gefällt, und keine zwei Wochen sollen vergehen, so bist du auf dem Berg.“ rief Peterfen rasch hervor.  
Afria hatte sich aufgerichtet, die Kette klirrte an seinem Halsketten, sein großer magerer Körper schwanke, aber seinen Kopf hielt er hoch in die Höhe und aus seinen Augen strömte ein wildes Entzücken.  
„Nimm was frische dich.“ sagte Peterfen, „aber erst schmeck bei Jubinal, denn solchen Schweiß hältst du.“  
„Sorenklüber“, sprach der alte Mann, indem er seinen Arm ausstreckte, „ich weiß Silber — Silberberge, niemand weiß sie, aber lasse ich leben, bis Jubinals Reich kommt, müßte ich breunen, bis Pökel die Welt vernichtet, du sollst nichts davon erfahren.“  
„Bestimme dich, du Narr!“ antwortete Paul finster lachend, „bestimme dich, Feuer tut weh.“  
„Wohl tut es, wohl tut es mir!“ schrie Afria, „denn ich lebe, wie du dich krümst. Wolf, der du bist, dein blutiger Magen macht mir keine Furcht. Feuer ist in deinen Augen, brennend Feuer in deinen Adern. Heulen wirst du wie ein wildes Tier, ich lache dazu, ich lache!“ — Er lachte wie ein Besessener.  
Der Schreiber stand eine Minute lang, er suchte mühsam seinen Horn zu bezwingen. Dann sagte er: „Warte bis morgen, dann sagst du, ob du noch lachst, elendes Geschöpf. Willst vernünftig sein?“  
„Sei vernünftig!“ schrie Afria, und solch ein langer

schredlicher Stuss hallte in dem Kerker wieder, daß Paul in seiner ausbrechenden Wut den Fuß nach und den Vappern rief, daß er niederkürzte.

„Was wegen!“ rief er, die Faust schüttelnd und mit unterdrückter Stimme, „bis morgen, sonst ist es vorbei mit dir.“ und die Tür zuschlagend und schluchzend ging er fort; Afrias geländes Höngelächter folgte ihm nach.

Oben im Hause stand Paul Peterfen still. Sein Kopf war voll Fieberglut, sein Gehirn wollte sich auflösen und brüllte gegen die Rosenwände. Es drehte sich mit ihm um, aber in seinem Herzen wühlte eine Angst, eine Gier, eine grimmige Wut, zu wissen und zu haben, was er nicht durfte und nicht hatte, die noch weit stärker war, als das Gefühl, daß er krank sei.

Er stieg die Treppe hinauf, dann noch eine und horchte an einer wohlverwahrten Kammer. Seine Hand ergriff die Kette, öffnete das Schloß und trat hinein. Es war auch ein Gefängnis, aber ein besseres als das, welches er eben verlassen hatte. Ein kleines vergittertes Fenster ließ Licht und Luft ein und auf dem Bett in der Ecke lag Maxbrand ruhig atmend.

„Da schläfst er!“ murmelte Paul. „Er kann schlafen, sei schlafen!“  
Er trat an das Lager, der Dichtschlein fiel in Johannes Gesicht; ein Lächeln war darin und plötzlich sagte er vernehmlich laut: „Du bist es, Jida, du kommst zu mir.“

„Wacht auf! Wacht auf!“ rief Peterfen, indem er den Schläfer beim Arm schüttelte. „Ich habe mit Euch zu reden.“

Maxbrand ermunterte sich. „Warum führen Sie mich mitten in der Nacht?“ fragte er unmutig.

„Wenn jemand einen, dessen Haus einflammt, herausziehen will, ege die Balken fallen, fragt er nicht nach Zeit und Stunde.“ antwortete der Schreiber.

„Ihre Hand, Herr Peterfen, würde doch dabei jedenfalls die letzte sein.“ sagte Johann.

„Ich denke“, antwortete Paul, „wir haben beide keine Zeit, uns deswegen zu streiten. Beantworten Sie mir eine Frage, von der vieles für Sie abhängt. Afria hat, nur Sie für seine nichtswürdigen Pläne zu gewinnen, Ihnen entgeht, wo die Silberberge sind, die er kennt.“  
Maxbrand antwortete nicht.

„Herr Maxbrand“, begann Peterfen von neuem, „maxbrand kann sich ändern, wenn Sie wollen. Ich besorge Ihre Schwelger und ich möchte gern etwas tun. Es gibt jemand“, fuhr er leiser fort, „dem ich gelobt habe, Sie zu schätzen.“

„Ich bedarf Ihres Schutzes nicht!“ rief der Gefangene, indem er heftig aufstand.

Peterfen achtete nicht darauf. — „Wir könnten uns verständigen“, sagte er freundlich, „selbst der Halsstarr könnte Ihnen wieder gehöhen.“

„Der ist mein und soll es bleiben.“

„Wenn Sie es nicht vorziehen, einen besseren Aufenthalt zu wählen. Gott weiß es, wohin mich mein Mühsal bringen könnte. Es ist nicht angenehm, vor ein offenes Gericht zu treten, umringt von einem famelischen Volke; besser vielleicht, sich entfernen und in einem stillen Hause abwarten, bis der Sturm sich gelegt hat.“

„Ich würde nicht gehen, auch wenn alle Türen offen ständen“, sagte Johann.

„Gut, so bleiben Sie. Ich hoffe, daß bei einer gewissen Verteilung Ihre ehrsüchtige Forderung nicht ausbleibt.“

„Ich hoffe zuversichtlich, daß Lüge und Bosheit zu schanden werden.“

„Nehmen Sie meinen Rat und meine Hilfe an, nur was ich immer vermöge, soll geschähen. Hätten wir noch eher besser kennen gelernt, so würde es anders mit uns stehen.“

„Fort mit allem Schelm“, sagte der Junger, „ich denke,



Freiwillige vor! Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert! Das Wort ist weit älter als die moderne Gewerkschaftsbewegung, könnte aber jeder Betrachtung über dieselbe als Motto dienen. Die Gewerkschaften sind überall bemüht, dem Arbeiter einen Lohn zu sichern, der denselben über das bloße Existenzminimum hinaus auch ein menschlich würdiges Dasein ermöglicht. Diesem Zwecke dienen überall die von ihnen aufgestellten Minimalforderungen und jede Durchbrechung derselben, auch unter besonderen Umständen — wie z. B. durch Gefängnisarbeit — ist geachtet, die Aufrechterhaltung der in denselben festgelegten Lohnsätze für die Allgemeinheit zu gefährden. Weniger als die Gefängnisarbeit wirkt es auf die Lage des Arbeitenden ein; es sei denn, daß diese über den Bedarf der Truppe hinaus sich auch mit der Anfertigung sogenannter „Strafwaren“ befassen. Richter aber wäre es zweifellos auch hier, wenn man alle handwerkmäßigen Arbeiten des freien Arbeiter überlasse und sich beim Militär auf die Ausbildung der „eingezogenen Mannschaften“ für den Kriegsdienst beschränkte. Aber sogenannte Defensiv-Handwerker suchen die Truppen mit allen Mitteln heranzuziehen, sogar vor dem Kaiserlichen in den Arbeiterblättern schreit man nicht zurück. Die Redaktionen der Zeitblätter weisen natürlich solche Forderungen zurück, da es nicht ihr Beruf ist, dem Militär „Freiwillige“ zuzuführen, die dort produktive Arbeit zu Bedingungen leisten sollen, die jeder Arbeiter im Zivilberuf nicht entkräftet abliebt. Vielleicht das höchste, was uns auf dem Gebiete des Festen nach Arbeitskräften von Militärbehörden vorgekommen ist, mag folgendes Inserat in der „Zeitung der Arbeit“ sein:

Zweijährig freiwillige Abgabe zur späteren Verwendung im Offizierskorps zum Herbst 1905 gesucht. Melbung sofort. Infanterie-Regiment Nr. 129. Braubenz.

Es scheint natürlich, daß man das Privilegium des Einjährigendienstes am besten aus der Welt jagte, wenn man den Dienst allgemein auf ein Jahr beschränkte. Denn der Koch, der nach dem gewöhnlichen Rekrutenzeit fähig ist, seiner Berufstätigkeit im Offizierskorps nachzugehen, könnte ebenso gut in sein Zivilberuf zurückkehren. Oder heißt's nur „Freiwillige vor!“, damit die Sparpolitik der Kaiserlichen Verwaltung sich nicht dem Genuß der Herren Offiziere weisig schmeichelt bemerkbar macht? Hier ist der Zweck, einen weitgehenden Arbeiter durch einen im Militärberuf stehenden billigen Ersatzmann überflüssig zu machen, ganz offensichtlich. Der Kaiserliche ist ein schamloses Bandit zu dem schäblichen Thema vom Vorkriegsdienst.

**Sendung des Reichstages.** Das Postamt Telegraphenbureau besitzt sich, tendenziöse Nachrichten über angebliche Anschuldigungen der freireichlichen Wiener Zeitblätter in alle Welt hinauszuverbreiten. Natürlich sind diese Nachrichten die von der aus Polizeizwecken gespeisten „Korrespondenz Wilhelm“ herrührend, gewaltig übertrieben. Wenn hier und da Angehörige des Reichstages, so sind diese auf das Konto der Polizeibehörde zu setzen. Denn die Empörung der Arbeiter über die Klänge der Herren von der Reichstagsverwaltung, die ihre Arbeiter bereits über 10 Wochen ausgeperrt haben und bald in dieser, bald in jener Werkstatt die Arbeit aufheben lassen, entsprechende Beschlüsse machen, um am selben oder dem nächsten Tag vorübergehend zu werden und ihre erst aufgezogenen Leute aufs Spiel zu setzen, erhält noch Nahrung durch die launische Behandlung, die polizeiliche Organe den Streikbrechern angedeihen lassen, die Sorgfalt, mit der sie bis zu ihren Polizeiaufstellungen geleitet werden, die Rücksicht der Polizei gegen die gewalttätigen Verräter der Sache der Arbeiter, die sie mit dem Revolver in der Hand die Angehörigen bedrohen, und die Brutalität derselben Organe gegen die Angehörigen. Man muß die „Korrespondenz Wilhelm“ schreien einer Wiener Parteiblatt, wie sie mit dem Angehörigen umgehen. Während sie den Reichstagsmitgliedern, die Wien an der äußersten Peripherie unserer Nation, anhängig aus dem Weg gehen und sie auf das vornehmste behandeln, wenn es möglich ist, ihnen anzuweisen, werden die Angehörigen mit ausgeübter Rohheit und Brutalität behandelt. Ja, die Kinder der Angehörigen werden von einzelnen Organen sogar mit Gewaltmitteln regiert. So kam es aus ein Diktatorgeheiß, der hinter dem Rücken, daß ein Reichstagsmitglied seinen vor ihm hergehenden federführenden Arbeiter in der unglücklichen Weise beschimpfte, daß er als Vater dagegen rekonstruierte, ihm die Arrestierung an-

drohte. Solches Vorgehen muß verbittern. Verbittert werden auch die Arbeiter durch den Umstand, daß ihren Aussagen nicht der geringste Glaube beigegeben wird, dagegen die Aussagen jedes Wachorgans als heiligste Wahrheit hingenommen werden. Jeder Wachmann kann dem Nächsten zu einigen Tagen Polizeiarrest verschicken. Wenn so systematisch die Ausgeperrten durch an ihnen verübte Ungerechtigkeiten aller Art in eine furchtbare Erregung förmlich gejagt werden, so ist es kein Wunder, wenn sich bedauerliche Zufälle ergeben.

**Wahl eines sozialdemokratischen Stadtverordneten.** Gegenwärtig finden in Stockholm die Gemeindevahlen statt. Am Mittwoch wurde im dritten Wahlkreis gewählt. Hier siegte die Liste der Liberalen und Sozialdemokraten. Unter den zehn Gewählten ist unser Parteigenosse, Bibliothekar Fredrik Nilsson.

**Von der Sozialdemokratie in Kanada erzählt die „International Socialist Review“**, daß die Genossen dort Anstrengungen machen, die kleinen Organisationen, die an vielen Orten bestehen, zusammenzufassen und eine „Sozialistische Partei von Kanada“ zu bilden. Das Hauptquartier der Partei wird in Vancouver, Britisch Columbia, errichtet werden, wo auch eine gut bestehende Wochenzeitung, „Clarion“, erscheint. Eine andere Parteizeitung, die ebenfalls eine gute Verbreitung hat, ist der „Standard“ in Port Arthur, Ontario; dieselbe erscheint auch wöchentlich. — An den Wahlen sich zu beteiligen, ist für die Arbeiterklasse nicht leicht, da bestimmte Vorschriften des Wahlgesetzes eine Beteiligung sehr teuer machen. Das Gesetz verlangt, daß jeder aufgestellte Kandidat 200 Dollar deponieren muß, um auf die offizielle Wahlliste zu kommen. Dies Geld ist verloren, wenn der betreffende Kandidat weniger als die Hälfte der Stimmen erhält, die auf den gewinnenden Kandidaten fallen. Bei den letzten Wahlen wurden nur in fünf Kreisen von Britisch Columbia sozialistische Kandidaten aufgestellt, während die Gesamtzahl der Wahlkreise 215 beträgt. Das Resultat war das folgende:

Kandidat	Liberal	Konservativ	Sozialdemokr.
Stansmo	1509	1122	784
Vancouver City	2939	2081	752
Rossmo	2294	1595	602
Yale Cariboo	1880	1323	393
Victoria City	1692	1192	383

Wie man sieht, erhielt der sozialistische Kandidat nur in einem Kreise, in Stansmo, mehr als die Hälfte der Stimmen des gewinnenden Liberalen. In den übrigen vier Kreisen gingen deshalb die deponierten 200 Dollar, im ganzen also 800 Dollar, verloren. In drei anderen Kreisen waren noch unabhängige Arbeiterkandidaten aufgestellt, die ebenfalls ihre Wahldeponiten einbüßten. — Wenn die Partei erst etwas mehr erstarbt, wird es ihr auch möglich sein, gegen solche Härten der Wahlgesetz Front zu machen. Noch ist die Industrie sehr schwach entwickelt und das ganze ungeheure Land sehr dünn bevölkert (6 000 000 Einwohner), aber es birgt reiche Schätze und der Kapitalismus macht sich immer mehr an die Ausbeutung derselben. Daß mit der weiteren Entwicklung des Landes auch der Sozialismus schnell wachsen wird, das zeigen die bestehenden kräftigen Ansätze.

### Aus Haag und Bern.

**Auch ein Streik.** In einer heftigen Fehde ist es in Bern (Schweiz) zwischen den Bezirkshauptmannen und der Bürgerchaft gekommen. Die Bezirkshauptmannen erließen in der Berner Zeitung folgende Bekanntmachung:

„Dem geehrten Publikum der Stadt Bern und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß wir Hebammen uns gegenseitig geeinigt haben, kein Aufstand zur Kirche zu tragen und kein Lauszeug unangelegentlich zu liefern. Die Bezirkshauptmannen der Stadt Bern.“

Antonie Herlin, Laura Heman und Anna Kappel.“ Diese teilweise Streikerklärung hat in dem Städtchen, so lesen wir in den „Danz. N. N.“ große Erregung hervorgerufen, und so erschienen bald darauf folgende Erklärungen:

„Auf das Inserat der Bezirkshauptmannen der Stadt Bern in Nr. 19 der „S. B.“ diene als Erwiderung, daß eine Anzahl Männer der Stadt Bern für zwei Jahre in den Generalstreik treten, bis die vorausgesetzten Bezirkshauptmannen sich eines Besseren besonnen haben.“

„Da die Hebammen der Stadt Bern nicht mehr die

Kinder zur Kirche und zurück tragen wollen, bitten wir die geehrten Herrschaften, auch von der weiteren Bedienung in der Kirche Abstand zu nehmen, denn das können diejenigen besorgen, welche das Kind nach der Kirche tragen. Ferner bitten wir, den Hebammen nichts über die Tage geben zu wollen.“

Mehrere Frauen der Stadt Bern.“

Hoffentlich wird der ungeliebte Streit bald gütlich beigelegt werden, damit der angebrochte Generalstreik der Männer nicht zur Tatsache wird.

**Edelmanns Recht.** Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Dresden fand am 15. März gegen den Rittergutsbesitzer Moritz Carl Wilhelm Freiherr von Cornberg auf Schloss Langenhennersdorf in der sächsischen Schweiz ein Aufsehen erregender Nötigungsprozeß statt. Am 11. Juli v. J. war der jugendliche Freiherr Friedrich von Cornberg aus Oberlängsfeld bei Herzseld in Hessen, der auf dem Gute des Freiherrn von Cornberg als Volontär beschäftigt war, mit dem verheirateten Pferdewächter Otto Andes in Streit geraten, weil der letztere sich weigerte, statt der Pferde die Ochsen zu hüten. Der Gutsinspektor Köhler kam hinzu und verlangte in barocker Weise die Räumung der von dem Knecht innegehabten Kutschwohnung innerhalb 24 Stunden. In dieser kurzen Frist konnte der Knecht mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern kein anderes Obdach finden. Der Inspektor hatte aber kein Erbarmen, er erschien abends gegen 10 Uhr an der Spitze mehrerer Gutsknechte, ließ die Tür ausheben und warf die wenigen Habseligkeiten der Familie auf die Straße. Die Frau des Betroffenen hatte gerade das Abendessen auf dem Feuer, aber sie mußte die Kochtöpfe einfach im Stich lassen und hungern und frieren war die Familie genötigt, die Nacht unter freiem Himmel zuzubringen. Die Folge war eine schwere Erkrankung der Gutsfrau des Ermittelten. Der letztere hatte in seiner Hilflosigkeit zwar die Hilfe des Gemeindevorstandes angefordert. Dieser konnte jedoch nicht eingreifen, weil die Gerichtsbarkeit der Gemeinde sich nicht auf das Rittergut erstreckte. Der Baron von Cornberg war nun angeklagt, seine Leute angeklagt zu haben, die Wohnung des Knechtes gewaltsam zu räumen. Er gab auch zu, gesagt zu haben: Wenn er nicht freiwillig geht, müssen wir ihn raus werfen! Deswegen wurde der Freiherr freigesprochen, während der Inspektor Köhler zu 150 Mk., seine Knechte zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden.

Wie die Polizei Keilame für Wählblätter treibt. Die Dresdener Polizei verbot den Straßenverkauf der neuesten Nummer der „Laufenden Blätter“, besaglichen den Straßenverkauf des Simplizissimus-Flugblattes wegen Behandlung der Montignoso-affäre.

**Uddes Menschenaffen.** Aus Bamberg wird gemeldet: Der Jagdführer Büffler aus Dichtenfels wurde Sonnabend mittag auf der Station Kronach vom Personenzug überfahren und getötet. Der Körper war vollständig zermalmt.

**Das verlorene Paradies.** Mit großer Verehrung hatte sich die Lehrerin in der Religionsstunde bemüht, ihrer kleinen sechsjährigen Hörerschaft die biblische Geschichte von der Vertreibung der ersten Menschen aus dem Paradies klar zu machen. Schließlich stellte sie die Frage an das Auditorium: „Nun, warum sind also Adam und Eva aus dem Paradiese vertrieben worden?“ Ein kleiner Bengel erhob sich, um die verblüffende Antwort abzugeben: „Sie haben das Gras zertrampelt.“ („Jugend!“)

**Der staatsgefährliche Esel.** In Zwickau auf der Ordinastraße führte, wie das „S. T.“ mitteilt, ein Klowa einen dressierten Esel vor. Nachdem Klowa verschiedene Kunststücke gezeigt, sollte es auch exerzieren. Auf das Kommando „Vorwärts“ konzentrierte der Esel sich aber rückwärts. Je mehr der Dressier „Vorwärts“ rief, desto mehr eilte das Tier zurück. Darauf rief der Klowa: „Aha, ich merke, Du bist Europatier!“ Dieser Scherz rief ein ungeheures Gelächter und einen stürmischen Beifall hervor. Auf polizeilichen Befehl wurde der Zirkus geschlossen und der Klowa verhaftet.

**Antliche Notierungen der Produktbörse.** Inländisches Getreide. Lüneburg, 15. März. Weizen, 125—132 Pfund holl., 165—169,00 Mk. Roggen, 120—126 Pfund holl., 135—143 Mk. Hafer, je nach Qualität, 135—142 Mk. Gerste, je nach Qualität, 142—155 Mk.

Wir kamen und stamm genug. Gerade herab, Herr Herrchen, was wollen Sie?“

„Keine Frage wiederholen“, antwortete Paul. „Wo ist die Silberbörse, woher haben Sie gehört?“

„Ja, weiß von keiner Silberbörse.“

„Sie wissen nichts?“ fragte Paul, indem er in seine Tasche griff. „Sehen Sie hier, das Silberstück ist in Ihrem Rock gefunden worden. Es ist aus dem Stiefel losgerissen, in dem es jetzt und liegt auf ein Haar so nah wie die Silberbörse, die zwischen in verborgenen Winkel Schatzes lag. Ja, Ihr Gedächtnis ist jetzt klar geworden.“

Der Gefangene jammerte einen Augenblick nach, dann sagte er: „Aha, ich weiß nichts! Das ist wohl, meine Frau, denn ich weiß nicht, was das ist, und was ich weiß, was Sie wissen, würde ich doch immer noch in Ihre Zimmertüren werfen.“

„Nicht?“

„Nein, niemals!“

„Aber Sie, was Sie im.“

„Nicht und nicht als Nicht.“ sagte Johann zurück.

„Nicht und nicht als Nicht, das ist das Beste, was Sie werden nicht von mir erfahren.“

„Wollen Sie nicht Ihren Hund nicht anschauen? Soll ich ihn bringen auf Ihren Rücken mich um Ihre Wohnung angeht haben?“

„Herrchen!“ sagte Herrchen; „auf Ihren Rücken werfen? Da liegt! Ich bringe dir das Beste, was ich kann, wenn ich nicht weiß, daß du der größte Schatz auf Erden bist.“

„Er sieht ihn von sich, und ich, ja, ja, der Schreiber nicht.“

„Nun ist es aus!“ murmelte er, als er die Treppe

hinunterging. „Er soll sterben, und wenn der König selbst sein Vater wäre!“

10.

Der Gerichtstag brach an, und es war ein heller, heiterer Tag. Erwin liegt auf einer Tafel, die durch einen Kerker aus dem Hoflande getrennt wird. Er liegt dicht an einem großen Ufer, hinter welchem eine hohe Mauer aufragt, die damals noch weit über war wie jetzt, wo man einigen Augen vorüber ist. Drei bis vierhundert Menschen wohnen in dieser Hauptüberlassung der Finnen, meist Fischer, einige Handwerker und die Diensten und Gehilfen der Handelsleute; heute aber hatte sich diese Bevölkerung um das Festschloß vermehrt, denn von allen Orten aus der Nähe und Ferne waren sie gekommen. Schon am vergangenen Tage kam Julian aus dem Lande; während der Nacht brachte manches Boot in den Trommenlauf, und als die Sonne kam, war das Wasser besetzt von kleinen und großen Fahrzeugen. Von den Fischen und Fischen zogen sie her, Untertanen und Gerichtsdienste, Priester und Handelsleute mit Frauen und Kindern wie zu einem Feste; noch mehr aber das halbweisse Fell aus den drei oder vier Balken, die hier ihre Heimat gefunden hatten.

Sie lagerten sich an den Klagen, in den Hütten und Schuppen und am Ufer, lezten und schmauseten, tranken und tritten, tranken und verbannten den heidnischen, verbotenen Götzen, erzählten sich, daß er im tiefen Loch lag, ohne ein Wort zu sprechen, und ließen in einem Hof, wo sie mit Frauen die heidnischen Götzen betrachteten, die dort aufgestellt waren. Säure, Schläger, Begrüßungen von Antommacher und rote Späße nahmen zu, je später es wurde; nach und nach aber drängte sich die Masse immer mehr dem Hofe zu und bildete endlich einen weiten Kreis um

den Platz, in dessen Mitte ein etwas erhöhtes Gerüst stand. Da war ein Tisch mit schwarzem Tuch bedeckt, und Stühle waren daran gestellt. Mehrere lange Bänke standen hinter den Plätzen der Richter, vor dem Tische aber zwei rohe Holzstühle und an der Ecke ein anderer Tisch, über welchem eine rote Hülle lag.

In dem Antshaus und in den umliegenden Häusern hatte sich die Aristokratie untergebracht. Alle Fenster waren mit Mädchen und Frauen besetzt, in so schönem Maß, wie sie diesen besaßen. Um den Gerichtstisch dagegen drängte sich Kopf an Kopf in Glanzhüten und Kappen von Fell und Fell. Die Männer mit ihren harten verwetterten Gesichtern, die Weiber in langen Röcken und bunten Lächeln, Kinder auf ihren Schultern und Säuglinge an den Brüsten; versäumen wollte keiner etwas.

Plötzlich läutete eine Glöde, und da kamen sie aus dem Amte. Der Vogt voran in dem gestickten Rock mit Unterbögen, Gerichtsmännern und Amtsboten; dann sein Gehilfe für das Rechtswesen, der Schreiber, dem Alten und Papieren nachgetragen wurden; endlich paarweise die sechs Richter, bekannte Handelsleute, in ihren dunklen, langen Höden.

Der Vogt nahm in der Mitte Platz, der Schreiber zu seiner Rechten, die Richter zu beiden Seiten. Auf die Bänke setzten sich die übrigen Beamten und Lobmänner, Lehrensmänner und Begünstigte.

Tiefes Schweigen war überall und alle Blicke auf den Vogt gerichtet, der aufstand, mit einem weißen Stabe auf den Tisch schlug und mit lauter Stimme sagte: „Der Ring ist eröffnet! Gott der Allmächtige sehe uns bei, daß wir ein rechtes Gericht halten! Bringt die Gefangenen auf die Ringstätte.“

(Fortsetzung folgt.)